

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

23.4.1928 (No. 95)

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.- M., einschl. Anstaltgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausschaltung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Ämtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland.)
Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der jüngsten Berichtszeit (11. bis 18. April) unterscheidet sich nur wenig von derjenigen der unmittelbar vorangegangenen Periode. Der Arbeitsmarkt des Baugewerbes, der Baustoffindustrie und der unmittelbar vom Baugewerbe abhängigen handwerklichen Berufe hat sich zweifelsohne etwas belebt. Hierbei ist indes zu berücksichtigen, daß es sich vielfach doch nur um kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse handelt (Fertigstellung begonnener Bauten und Reparaturarbeiten). Dem Abgang Arbeitsloser aus diesen Berufsgruppen steht so immer wieder ein gewisser Zugang gegenüber. Auf dem Gesamtmarkt Südwestdeutschland vermochte die Arbeitslosenziffer immerhin im ganzen von 41 638 Unterstützungsempfängern aus Arbeitslosen- und Kriegenunterstützung um 3434 auf 38 204 zu sinken. Hieraus ist Württemberg einschließlich Hohenzollern mit 8808, Baden mit 29 396 beteiligt. Nach Unterstützungsgruppen getrennt wurden 30 291 Arbeitslosenunterstützungsempfänger (6712 in Württemberg und Hohenzollern, 23 579 in Baden) und 7913 Kriegenunterstützungsempfänger (2096 in Württemberg und Hohenzollern und 5817 in Baden) gezählt.
Im einzelnen gestaltete sich die Lage folgendermaßen: Den Kräfteanforderungen aus der Landwirtschaft konnte nur teilweise entsprochen werden. In Oberschwaben ist ein dritter Transport von Dienstbüchsen aus Oberhausen (Rheinland) eingetroffen. Im Arbeitsnachweisbezirk Waldshut konnte durch Vermittlung einer größeren Anzahl österreichischer Dienstnechte dem dringendsten Personalbedarf wenigstens teilweise abgeholfen werden. Die Forstwirtschaft benötigte junge Kräfte für Kulturarbeiten.
Die Freudensstadter Glasindustrie konnte noch weitere Einstellungen vornehmen.
In der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie machte sich örtlich etwas stärkere Nachfrage nach Fachkräften für den allgemeinen Maschinenbau, die Baumaschinenfabrikation, sodann sichtlich gesteigerter Bedarf an gelernten bzw. ungelernten Kräften innerhalb der Eisenindustrie, der Elektroindustrie, der Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen, des Kranenbaues, der Automobil- und der Fahrradfabrikation geltend. Der Bedarf der Schwarzwalder Uhrenindustrie an jugendlichen Kräften beiderlei Geschlechts war nur teilweise zu befriedigen. In der Smünder Edelmetallindustrie sank der Beschäftigungsgrad etwas in der Goldwarenfabrikation bei vollem Geschäftsgang in der Silberwarenfabrikation, in Pforzheim ist die Arbeitsmarktlage auch etwas ruhiger geworden, doch wird in einzelnen Betrieben immer noch mit Überzeit gearbeitet.
Im überwiegend befriedigend beschäftigten Spinnstoffgewerbe gestaltete sich der Arbeitsmarkt zum Teil sogar innerhalb desselben Fabrikationszweiges nicht ganz einheitlich. Da und dort wurde mit Verkürzung gearbeitet bzw. zur Kurzarbeit geschritten, zum Teil wurde weiterer Kräftebedarf gemeldet. So hat die Trikotkleiderfabrik Weyle beim Arbeitsamt Ludwigsburg 150 Hand- und Maschinennäherinnen angefordert, das Arbeitsamt Göppingen sucht Jacquardweber und Färbereihilfsarbeiter, bei verschiedenen Arbeitsämtern wurden weibliche Kräfte für Fadernfortriebetrieb und Kunstwollefabrikation angefordert, innerhalb der Mannheimer Textilindustrie erwies sich außerdem die Hanfseilerei und die Abestfabrikation für jüngere Arbeiterinnen aufnahmefähig. Die deutsche Kammergesellschaft in Emmendingen ist wieder zu Vollarbeit übergegangen.
In der Papierherstellung und -verarbeitung Unterbadens konnten junge Mädchen Arbeit erhalten.
In der Lederfabrikation war teilweise eine weitere leichte Neigung zur Verschlechterung zu beobachten. Andererseits wurden in der Weinheimer Lederindustrie noch Entlassschüler eingestellt. Die Linoleumindustrie hat zur Vermeidung von Entlassungen teilweise Kurzarbeit eingeführt.
Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist für verschiedene Wirtschaftszweige eine lebhaftere Gestaltung der Nachfrage nach Kräften sowohl aus der Bau-, als auch aus der Möbelschreinerei festzustellen. In der Sägeindustrie verlief die Entwicklung uneinheitlich.
Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat ein stillgelegter Großmühlenbetrieb seine sämtlichen Arbeiter

Letzte Nachrichten

Die nord-schleswigsche Sammlungsbewegung

W.B. Sonderburg, 23. April. (Tel.) Die Sammlungsbewegung in Nord-Schleswig, nach ihrem Führer, Hofbesitzer Leh, auch Lei-Bewegung genannt, ist in starkem Anwachsen begriffen. Viele Unterschriften sind schon gesammelt, namentlich ist man in Arbeiterkreisen mit dem Vorhaben und den Zielen der Bewegung durchaus einverstanden. Nahezu 90 Proz. der Arbeiter haben ihre Unterschrift für die Bewegung gegeben. Die am Sonntag abgehaltenen Versammlungen waren außerordentlich stark besucht.

Aufbruch der politischen Gefangenen in Kattowitz

W.B. Kattowitz, 23. April. (Tel.) Gestern früh kam es im hiesigen Gerichtsgefängnis zu fürchterlichen Auftritten der politischen Gefangenen, insbesondere der kommunistischen Häftlinge. Angeblich soll ungenügende und schlechte Verpflegung die Ursache sein. Die Gefangenen sangen u. a. kommunistische Lieder und verbarrikadierten sich in den Zellen. Vor dem Gerichtsgefängnis sammelte sich eine große Menschenmenge an, die durch die mit Karabinern bewaffnete Polizei in Schach gehalten werden mußte. Der Polizeidirektor Gebhard sowie mehrere Staatsanwälte versuchten, mit den Gefangenen Verhandlungen anzuknüpfen, was jedoch ergebnislos verlief, so daß die einzelnen Zellen durch Polizeibeamte mit Gewalt aufgebrochen werden mußten.

Die polnische Ausländerverordnung

W.B. Warschau, 23. April. (Tel.) Zeitungsmitteilungen zufolge ist das polnische Innenministerium im Einverständnis mit dem polnischen Außenministerium zur Ausarbeitung der Vollzugsvorschriften für die am 13. August 1926 ausgegebene Ausländerverordnung des Staatspräsidenten geschritten. Die neuen Vorschriften sollen die Ausgabe von Aufenthaltserlaubnissen durch die Verwaltungsbehörden erster und zweiter Instanz regeln. Wie es heißt, sollen die bisher verpflichtenden Formalitäten vereinfacht werden.

Ablehnung des Cabell-Films in Amerika?

W.B. New York, 23. April. (Tel.) Der britische Spielfilm „Dann“, der die Erschießung der britischen Krankenschwester Cabell behandelt, ist von allen Kinobesitzern der Vereinigten Staaten, die unter der Direktion Kewiss stehen, zurückgewiesen worden, da er nicht zu den Filmen zu zählen sei, die das Publikum zu sehen wünscht.

In Hessen wählen Frauen und Männer getrennt. Einer Blättermeldung zufolge hat die hessische Regierung beschlossen, bei den kommenden Reichstagswahlen im gesamten Land Hessen die getrennte Stimmabgabe von Männern und Frauen vorzunehmen zu lassen. Das Reichswirtschaftsministerium des Innern hat seine Zustimmung dazu erteilt. Die Trennung der Stimmabgabe soll in der Weise erfolgen, daß die weiblichen Wähler andersartige Umschläge für die Stimmzettel erhalten, als die Männer.

Nichtsoßen-Gedenkfeste in Berlin. Aus Anlaß des 10jährigen Todesjahres des deutschen Fliegerhelden, Ritterkreuzer Freiherrn von Richthofen, veranstaltete der Ring der Flieger im Deutschen Luftfahrtklub in der Gnadenkirche zu Berlin Samstag nachmittag eine Gedenkfeste. Unter den Anwesenden befanden sich neben dem Bruder des Helden eine Anzahl von hohen Offizieren der alten Armee, der Reichswehr und Marine, Vertreter von Ministerien und vom Offiziersverein.

Der Mannschaftsbestand der englischen Marine. Der erste Lord der englischen Admiralität gibt Vergleichszahlen über den Mannschaftsbestand in der englischen Marine bekannt. Im Januar 1913 zählte die Marine 9489 Offiziere und 128 607 Unteroffiziere und Soldaten. Im Januar d. J. waren es 8515 Offiziere, und 93 799 Unteroffiziere und Mannschaften.

zurückgerufen. In der Zuderfabrikation erfolgten Entlassungen. Kleinere Einschränkungen waren in der badischen Zigarrenindustrie zu beobachten, die andererseits allerdings auch noch Einstellungen vornahm. Bierbrauer waren gesucht.

Im Bekleidungs-gewerbe blieb trotz leichter Abschwächung des Bedarfs Mangel an Großstück- und Kleinstückarbeitern, sowie an Zuschneidern auf Lederwaren bestehen. Die Leonberger Schuhindustrie benötigte Stepperinnen. Gingen hat sich der Arbeitsmarkt in Stuttgart erheblich verschlechtert. In Ehlingen und Neckingen streifen die Sandschuhmacher.

Mit der allgemeinen Besserung der Arbeitsmarktlage hat sich die Aufnahmefähigkeit der Industrie auch bezüglich ungelerner Kräfte etwas erhöht.

Im Hotel- und Gastwirts-gewerbe konnten bei dem guten und umfangreichen Kräfteangebot die zahlreichen, bei den badischen Fachabteilungen für das Hotel- und Gastwirts-gewerbe wie bei der Fachabteilung des Arbeitsamts Stuttgart einlaufenden Aufträge aus den Schwarzwaldkurorten, Mitteldeutschland und dem Rheinland zum Teil bald erledigt werden.

Die französischen Wahlen

Das vorläufige Ergebnis

Die französischen Hauptwahlen am gestrigen Sonntag sind ruhig verlaufen. In der weitaus größten Mehrzahl der Wahlkreise wird jedoch die Entscheidung erst bei den Stichwahlen am kommenden Sonntag fallen. Nach den französischen Pressestimmen steht aber jetzt bereits fest, daß Poincaré aufs neue eine Mehrheit finden werde.

*

W.B. Paris, 23. April. (Tel.) Das Innenministerium läßt durch die Havasagentur folgende Übersicht über das Wahlergebnis veröffentlichen, die die Ergebnisse von 602 der 612 vorzunehmenden Wahlen enthält. Es stehen noch aus: ein Ergebnis aus Korsika und neun aus den Kolonien. Von den 602 vorliegenden Ergebnissen sind 175 endgültige, d. h. Abgeordnete, die im ersten Wahlgang gewählt wurden. In 427 Fällen hat Stichwahl stattgefunden. Die 175 Sitze verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Rechtsstehende 13, Rechtsrepublikaner (Marin) 72, Linksrepublikaner 41, Rechte Radikale (Loucheur) 15, Radikale 16, Sozialrepublikaner 4, Sozialisten 14, Kommunisten 0.

Einzelheiten

Wiedergewählt sind bisher Briand, Herriot, Maginot, Tardieu, der Abg. Jandin von der Fraktion Botanowski, der sozialistische Abg. Paul-Boncour, der eßlische Abg. Pfleger, Handelsminister Botanowski, der radikale Abg. Malvy, der sozialistische Abgeordnete Chastanet und Vincent Auriol, der katholische Abg. Champetier de Ribes, der Marineminister Leh-gus. Neu gewählt wurde der frühere radikale Senator und Minister Francois Albert. Der sozialistische Führer Léon Blum steht in Stichwahl gegen den kommunistischen Abgeordneten Duclos, auch der kommunistische Abgeordnete Caduin muß in den zweiten Wahlgang, ebenso der Kriegsminister Painlevé, dem nur 70 Stimmen fehlten, und der radikale Wirtschaftsminister Queille. Einer der Gegenkandidaten des sozialistischen Abgeordneten Blum, der Radikale Franklin-Bouillon, läßt bereits durch Havas erklären, daß er im zweiten Wahlgang zugunsten Blums zurücktritt.

In Elsass-Lothringen hat in Mülhausen der Sozialist Grumbach, der in Stichwahl steht, die höchste Stimmenzahl erlangt. An zweiter Stelle steht der aus dem Haegh-Prozeß bekannte Wobolot Kraehling (Autonomist). In Straßburg steht Petrotos (Sozialist) im Stichwahlkampf mit dem Linksrepublikaner. Der autonomistische ehemalige Redakteur der „Zukunft“, Schall, hat 3800 Stimmen erhalten, in Gewweiler ist der rechtsstehende Bilger gewählt. Im Wahlkreis Altkirch erzielte Dr. Widlin, der in Untersuchungshaft in Kolmar sitzt, 5107 Stimmen, nach ihm hat der ausscheidende Rechtsrepublikaner Silbermann es nur auf 3949 Stimmen gebracht (Stichwahl). Von bekannten Elsfässern sind ferner wiedergewählt worden die Abgeordneten Oberkirch und Selg.

Die Pariser Presse über die Wahlen

W.B. Paris, 23. April. (Tel.) Die Morgenblätter besprechen die bisher vorliegenden Ergebnisse des ersten Wahlganges. Die „Victoire“ schreibt, daß die Zahl der zweiten Wahlgänge so beträchtlich sei, daß man sich vor jedem überstürzten Urteil hüten müsse. Leon Blum erklärt im „Populaire“: Der Auck nach rechts ist offenbar, die Reaktion gewinnt unter den verschiedenen Namen, die sie angenommen hat. „Matin“ führt aus: „Schon der gestrige Tag gestaltet alle Hoffnungen. Er ebnet den Weg zum Sieg der nationalen Kräfte unter der Ägide des Ministeriums Poincaré und er bedeutet die fast nicht wiedergutzumachende Niederlage der Bande, die im Solde von Moskau steht.“ „Journal“ schreibt: Die Mehrheit der künftigen Kammer wird es ohne Zweifel Ministerpräsident Poincaré erlauben, seine Politik der finanziellen Sanierung fortzusetzen und zu vollenden.“ „Quotidien“ sagt: „Wenn die republikanische Disziplin sich überall betätigt, so wird die neue Kammer politisch nicht sehr verschieden von der alten sein. Das Schicksal der kommenden Legislaturperiode ist also in den Händen der Führer der Demokratie. Sie mögen sich verständigen.“

Gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes hat sich auch die thüringische Regierung ausgesprochen.

Stapellauf eines französischen Kreuzers. In Drest fand am Freitag der Stapellauf des Kreuzers „Colbert“ statt. Der „Colbert“ ist die vierte Einheit der Serie von 10 000-Tonnen-Kreuzern, die in Ausführung des Flottenbauprogramms gebaut werden. Er ist 185 Meter lang und 20 Meter breit. Seine Hauptbewehrung besteht in acht 203-Millimeter-Kanonen. Für die Fliegerabwehr sind acht 95-Millimeter-Geschütze, acht 87-Millimeter-Schnellfeuergeschütze und zwölf Maschinengewehre bestimmt.

Das neue Kardinalskollegium. Wie das päpstliche Jahrbuch für 1928 ausweist, besteht das Kardinalskollegium aus 66 Kardinalen. Davon sind 35 Italiener und 31 Nichtitaliener. Diese letzteren verteilen sich auf die einzelnen Länder folgendermaßen: 4 Deutsche, 2 Österreicher, 2 Engländer, 5 Spanier, 6 Franzosen, 4 Amerikaner, 2 Polen, je 1 Holländer, Ungar, Portugiese, Tscheche, Kanadier, Brasilianer; 11 Kardinele sind Ordensangehörige und zwar 2 Benediktiner, 3 Dominikaner, je 1 Jesuit, Augustiner, Redemptorist, Salesianer, Piarist und Servit. Der Defam des Kollegiums, Kardinal Vanuelli, ist mit 92 Jahren das älteste Mitglied des Kardinalskollegiums.

Wahlaufrufe

Der Wahlaufruf der Sozialdemokraten

den der „Vorwärts“ veröffentlicht, erinnert daran, daß der erste Tag des Wahlmonats Mai das arbeitende Volk zu großen Kundgebungen für Achtstundentag, Weltfrieden und Sozialismus aufrufe, am dritten Mai-Sonntag aber solle die Entscheidung über die Gestaltung der Politik, über die Demokratisierung der Verwaltung, über die demokratische Republik habe das Besitzprivileg aus der Politik beseitigt. Zur Befreiung vom Besitzprivileg in der Politik müsse jedoch die Befreiung vom Besitzprivileg in der Wirtschaft erzwungen werden. Die nächste Zukunft stelle uns vor dringende Aufgaben: „Die Befreiung der Rheinlande von fremder Besatzung ist unaufschiebbar, die Reparationszahlungen müssen erleichtert und endgültig begrenzt werden, der Friede muß durch Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit gesichert, der Völkerverbund demokratisiert und zu einem wirksamen Instrument der Friedenssicherung gemacht, der Krieg als Mittel der Politik geächtet werden.“

An die Spitze der innerpolitischen Forderungen stelle der Aufruf die Sozialpolitik. Der kommende Reichstag werde über das Arbeitszeitgesetz beschließen müssen, und auch die Entscheidung um den Achtstundentag kündige sich an. Die Sozialdemokratie verlange ferner eine gerechte Steuerpolitik, eine Handelspolitik, die der deutschen Industrie neuen Absatz eröffne, und eine sparsame Finanzpolitik, die neue Nützungsausgaben vermeide und einen überlebenden und kostspieligen Partikularismus beseitige. Sehung der Volkshilfe, Aufhebung der Begabten aus den Reihen der Arbeiterschaft und Förderung des Bildungsprivilegs der Besessenen, das seien die Kulturforderungen der Sozialdemokratie, die aus Preußen, der reaktionären Feste des Dreiklassenwahlrechts, den Sort der Republik geschaffen habe. Die Wähler mühten des Wertes von Braun und Sebering gedenken und sich in den Ländern neue Macht erringen. Am Schluß stellt der Aufruf dem Reichspräsidenten die Forderung gegenüber: „Schutz der Republik, Durchsetzung der vollen Demokratie und durch die Demokratie Verwirklichung des Sozialismus.“

Der Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat am Sonntag den Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei veröffentlicht. In dem Aufruf heißt es u. a.:

Am 20. Mai wird das deutsche Volk bestimmen, wer für die nächsten Jahre über sein Schicksal entscheidet. Wer nicht wählt, verkehrt seine vornehmste Staatsbürgerpflicht und vertritt das Recht nachträglicher Kritik. Wahlrecht ist Wahlpflicht. Die Außenpolitik Dr. Stresemanns ist von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes als die einzig richtige anerkannt. Kein gerecht Denkender kann verkennen, daß im Laufe weniger Jahre sich Deutschland in der Welt eine geachtete und gefestigte Stellung zurückerobert hat. Die von uns dauernd bestämpfte Kriegsschuldfrage bricht zusammen vor den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung. Die von uns vertretene Verständigungspolitik hat schon zu fühlbaren Erleichterungen im besetzten Gebiet geführt. Darüber hinaus fordern wir vor allem die unverzügliche völlige Befreiung des Rheinlandes, Rückgabe des Saargebietes, eine erträgliche Gestaltung der Reparationsverpflichtungen und Beseitigung der unmöglichen Grenze im Osten. An dem Verlangen nach neuer kolonialer Betätigung werden wir unerröcklich festhalten. Wir erstreben auf dem Gebiet der Finanzen und Steuern eine Milderung des schwer auf dem Volke lastenden Steuerdrucks, Vereinfachung der Steuererhebung, gerechtere Verteilung der Steuern. Wir bekennen uns zu dem Gedanken der sozialen Gesetzgebung. Wir treten für ein Rentenversicherungsgesetz ein. Die uneingeschränkte Haltung des Berufsbeamtenstandes und Wahrung seiner Rechte ist uns eine selbstverständliche Forderung. Der Erhaltung und Festigung der Reichswehr gilt unser unablässiges Bestreben. Bei den Beratungen des Reichsschulgesetzes haben wir stets den christlichen Grundcharakter der Schule betont. Wir haben uns gewehrt gegen die Entartung der Schulhoheit des Staates, gegen die Klerikalisierung des Schulwesens, gegen die Verletzung der Lehr- und Berufsfreiheit der Lehrer, gegen die unnötige Aufbahrung hoher Kosten auf die Gesamtheit der Steuerzahler, durch Einrichtung lebensunfähiger Zwergschulen. Unser Ziel war das Zustandekommen des Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Reichsverfassung. Das Gesetz ist gescheitert durch die Schuld derer, die überspannte klerikale Forderungen im Sinne der Schulbestimmungen des bayerischen Konkordates erhoben, die Koalition ohne Grund gekündigt und dadurch die Weiterberatung des Gesetzes verhindert haben. Die Deutsche Volkspartei verlangt die organische Weiterentwicklung der Verfassung auf dem Wege zur Stärkung der Reichseinheit, sie erstrebt eine durchgreifende und umfassende Neuordnung der gesamten innerstaatlichen Verwaltung, Klarheit und Übersichtlichkeit des Behördenaufbaues, verbunden mit möglicher Einschränkung des Staatsaufwandes, Überwindung der Kleinstaaterei durch freiwilligen Zusammenschluß.“

Der Wahlaufruf der Bayerischen Volkspartei

verlangt die Anwendung der christlichen Grundsätze im öffentlichen Leben. Größeren Raum nehmen Ausführungen über die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Länder ein. „Für den inneren Ausbau des Reiches fordert die Bayerische Volkspartei die Beachtung der dem deutschen Staatswesen innewohnenden föderalistischen Lebensgesetze.“ Der Einheitsstaat wird als undeutsch abgelehnt, weil er die Erhaltung des kulturellen Lebens in den Ländern bedroht. Die Eigenstaatlichkeit Bayerns müsse erhalten und ausgebaut werden. Den Ländern soll ihre frühere Finanzhoheit wieder gegeben werden.

Aman Allahs Dank an die deutsche Heilkunst. König Aman Allah, der sich vor kurzem in Berlin einer Mandeloperation in der Klinik Prof. Ungars unterzog, hat der „Tägl. Rundschau“ zufolge, der Klinik eine moderne Operationslampenanlage und eine auf 10 Jahre bemessene Behandlungsfreistelle gestiftet für Patienten, über deren Auswahl die Professoren Ungar und Siden im Einvernehmen mit der afghanischen Gesandtschaft entscheiden sollen. Auch hat der König jedem Angestellten der Klinik, der nur irgendwie mit ihm zu tun hatte, Geldgeschenke gemacht, deren geringster Betrag 400 RM beträgt.

Abbruch des Bismarkturm in Bromberg. Die Bromberger Stadtverordnetenversammlung stimmte mit 27 gegen 19 Stimmen der Deutschen und der Linksparteien einer Magistratsvorlage zu, wonach der Abbruch des Bismarkturm eines polnischen Ingenieur übertragen wird, der sich bereit erklärt hat, den Turm ohne besondere Kosten für die Stadt aus eigenen Mitteln abzutragen. Der Magistrat habe kein Geld für die Erhaltung des Turmes, der außerdem das Landschaftsbild störe und die Gefühle der polnischen Bevölkerung verletze.

Kein Verkauf des „Daily Herald“. Der englische Arbeiterführer Ben Turner, der Vorsitzende des Direktoriums des Londoner Blattes „Daily Herald“ und Vorsitzender des Generalrates des Gewerkschaftskongresses stellt Gerüchte über den Verkauf des Blattes nachdrücklich in Abrede.

Frankreich und der Antikriegspakt

Der vom französischen Vorkämpfer dem Reichsaussenminister überreichte Vorentwurf der französischen Regierung für einen Kriegspakt wird nun veröffentlicht. Er enthält eine Präambel und sechs Artikel.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem von amerikanischen Seite und dem von Frankreich vorgeschlagenen Antikriegspakt liegt nach Auffassung maßgebender Berliner politischer Kreise zunächst weniger in den einzelnen Vorbehalten des französischen Kabinetts, als vielmehr in der grundsätzlichen Auffassung, die über Inkrafttreten des geplanten Vertrages ausgesprochen wird.

Die amerikanische Regierung hat einen Antikriegspakt vorgeschlagen, der nach Annahme durch die sechs Großmächte sofort rechtsverbindlich werden und jeden Krieg zwischen diesen Mächten ausschließen sollte. Die französische Regierung legt in dem Artikel 5 ihres Entwurfes entscheidenden Wert darauf, daß der Vertrag erst in Kraft treten soll, „nachdem er allgemein angenommen sein wird“. Ein früheres Inkrafttreten soll nur durch Vereinbarung aller Staaten möglich sein, die bereits unterzeichnet haben. Wenn also auf der Grundlage des französischen Entwurfes eine Vereinbarung der sechs Großmächte zustande käme, so würde sie keine rechtsverbindliche Verpflichtung darstellen, sondern zunächst nur theoretische Bedeutung haben und jede praktische Wirkung würde davon abhängen, ob es den sechs Großmächten gelingt, alle anderen Mächte, d. h. sowohl die kleineren Staaten wie vor allem auch Sowjetrußland, für den Pakt zu gewinnen. Der Einbruch jedes einzelnen Unterzeichners könnte ein Inkrafttreten verhindern, so lange nicht sämtliche Mächte die Antikriegsverpflichtungen angenommen haben.

Was die einzelnen Vorbehalte anlangt, so nimmt Frankreich in Artikel 1 das Recht der Verteidigung von der Verpflichtung aus, keinen Krieg zu führen. Es präzisiert im Schlußsatz des Artikels 1 noch genauer, daß eigentlich nur auf den Angriffskrieg verzichtet wird, auf den Krieg „zur Ausführung einer persönlichen, spontanen und unabhängigen politischen Handlung“. Auch etwaige Verteidigungskriege auf Grund der bestehenden Bündnisse, d. h. also die Intervention einer durch Bündnisvertrag gebundenen europäischen Großmacht, wird von dem Verzicht auf Kriegführung ausgenommen, vor allem aber die Vorschriften des Völkervertrages und der Locarno-Verträge. Dabei ist beim Völkervertrag offenbar der Artikel 16 gemeint, der die Exklusivität der Bundesmitglieder gegen einen widersätzlichen Staat vorsieht.

Bei den Locarno-Verträgen sind Verletzungen der im Versailles Vertrag genannten Grenzen sowie Verletzungen der entmilitarisierten Rheinlandzone gemeint. Es versteht sich nach diesen Erwägungen von selbst, daß der amerikanische Vorschlag den Richtlinien der deutschen Außenpolitik besser entspricht, als der Frankreichs.

Diebstahl von Geheimakten

Wien, 23. April. (Tel.) Der „Morgen“ meldet, daß bei der Wiener Telegraphen- und Telefonleitung streng vertrauliche Pläne und Vorschriften über den Telegraphen- und Telephondienst im Falle einer Mobilisierung oder Neutralitätserklärung in die Hände eines Schwindlers gelangt seien, der sich als Beauftragter der Heeresleitung ausgab. Es handle sich um eine seit langem vorbereitete Aktion einer fremden Macht, der daran gelegen war, sich Kenntnis jener Maßnahmen zu verschaffen, die im Falle eines etwaigen Durchmarsches oder Aufmarsches auf österreichischem Gebiet geplant sind. Es gelang, die von dieser Macht beauftragten Täter zu ermitteln und zu verhaften, und zwar in der Person des Versicherungsagenten Eugen Reindl, eines früheren Artillerieoffiziers, und eines gewissen Müller. Gegen die Verhafteten wurde Untersuchung wegen Spionage geführt. — Dazu wird offiziös erklärt, es handelt sich bei der Meldung um einen in sensationeller Übertreibung dargestellten Vorfall, der bereits längere Zeit zurückliegt und dessenwegen ein Strafverfahren wegen Betruges und Diebstahls läuft, so daß vorläufig Auskünfte darüber nicht gegeben werden können.

Der Entsatz der „Bremen“

Die beiden Flieger, die mit dem dreimotorigen Nordflugzeug Ersatze für die „Bremen“ nach Grenville Island bringen sollten, konnten von Murray-Bay nicht weiterfliegen, da sie ernstlich an Grippe erkrankt sind. Sowohl Walden wie Bennett litten bereits vor ihrem Abflug von Detroit an hohem Fieber. Daraufhin flog der kanadische Flieger Schiller zusammen mit Fitzmaurice mit dem Detroit-Flugzeug von Murray Bay ab. Es mußte jedoch wegen schlechten Wetters in Seben Island eine Zwischenlandung vorgenommen werden. Wahrscheinlich werden zwei Flüge nötig sein, um den Ersatzpropeller und den Betriebsstoff zu befördern.

Die Technische Hochschule Braunschweig hat Hauptmann Köhl, den Führer der „Bremen“, in Anerkennung seiner Verdienste zum Dr.-Ing. c. h. ernannt. Die Frauen der „Bremen“-Flieger Köhl und Fitzmaurice befinden sich auf der Reise von Europa nach New York.

Ein Flug von Alaska nach Spitzbergen

In der norwegischen Hauptstadt Oslo ist eine Nachricht aus Eovalbard (Spitzbergen) eingetroffen, wonach die amerikanischen Flieger Wilkins und Ekelson, die vor sechs Tagen von Kap Barrow in Alaska abgeflogen sind, den Nordpol überflogen hätten. Vor fünf Tagen seien sie in Eovalbard auf Spitzbergen in östlicher Richtung gelandet. Erst nach fünfzigem Suchen sei es ihnen gelungen, auf norwegische Kolonisten zu stoßen. Der Flug von Point Barrow nach Eovalbard habe 21 Stunden gedauert.

Nähere Meldungen liegen nicht vor, da Wilkins vorläufig nicht wünscht, nähere Einzelheiten zu geben. In Green Harbour (Spitzbergen), das die Flieger nun erreicht haben, befinden sich zur Zeit nur fünf Personen zur Bedienung der drahllosen Regieringstation und möglicherweise einige Wacheleute. Green Harbour hat in den letzten Tagen bis 25 Grad Kälte und Schneefall gehabt. Fridtjof Nansen erklärte bezüglich des Fluges, dieser müsse unter allen Umständen als eine großartige Tat betrachtet werden.

W.D. New York, 23. April. (Tel.) Die Presse feiert den Flug von Wilkins und Ekelson von Alaska nach Spitzbergen als die größte Tat der bisherigen Luftfahrt. Staatssekretär Kellogg, Kriegssektretär Davis und Marinektretär Wilbur haben Kapitän Wilkins telegraphisch ihre Glückwünsche ausgesprochen.

Glückwünsche für Geheimrat Brand. Der Reichspräsident hat dem Geh. Regierungsrat, Universitätsprofessor Dr. Max Brand in Berlin, zu seinem 70. Geburtstag den Adlerschild des Reichs verliehen und in einem Begleitreiben die außerordentlichen Verdienste des Gelehrten aus dem Gebiet der Physik gewürdigt. Auch der Reichskanzler hat Prof. Dr. Brand seine Glückwünsche ausgesprochen lassen.

Der Oberpräsident von Niederschlesien, Zimmer, ist in Breslau gestorben.

Lord Everden †. In London starb im Alter von 96 Jahren Lord Everden, der seinerzeit über ein halbes Jahrhundert lang einer der hervorragendsten liberalen Politiker war. Unter Königin Viktoria gehörte der Verstorbene dem Kabinett an.

Dr. Gildemeister †. Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete für Wefer-Em, Dr. Gildemeister, ist 62 Jahre alt an den Folgen einer Grippe gestorben.

Eine Kahlstrafe in Berlin. Die Fraktionen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei haben im Berliner Stadtparlament beantragt, die Fortsetzung des Kaiserhofes in Tempelhof „Kahlstraße“ zu benennen.

Die Vereidigung der Donesingenieur. Rechtsanwalt Munte, Braunschweig, wird den drei in Rußland verhafteten deutschen Ingenieuren als Rechtsbeistand zur Seite stehen.

Ungarische Kundgebungen für Italien. Am Samstag nachmittag fanden in Budapest italienfreundliche Demonstrationen statt, an denen sich mehr als 20 000 Personen beteiligten.

Weltverband des Schrifttums. Der Reichsverband des Deutschen Schrifttums, die Schriftorganisation aller maßgebenden literarischen Verbände Deutschlands, hat sich für Gründung eines „Weltverbands des Schrifttums“ ausgesprochen. Die Anforderungen zur Begründung werden von dem Reichsverband des deutschen Schrifttums alsbald an die führenden Organisationen aller Länder ergehen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Personalanhang zur Verfassungsordnung

Wie die Verfassungsordnung, so wurde auch der Personalanhang zum Staatsvoranschlag in vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses behandelt. Die Beratungen sind in der Hauptsache abgeschlossen und die Einstufungsgrundsätze im allgemeinen endgültig festgelegt. Wie bekannt, erhalten die Beamten schon jetzt — allerdings ohne jede Rechtsverbindlichkeit — Vorschläge auf Grund des Personalanhanges ausbezahlt. Dieser soll zusammen mit dem Voranschlag für die sachlichen Ausgaben im Plenum verabschiedet werden. Der Landtag will damit erst nach den Wahlen, etwa Anfang Juni, beginnen. Es tritt also nach Erledigung des Landesjustizgesetzes am kommenden Donnerstag eine noch die Pfingstwoche umfassende Pause für die Plenarverhandlungen ein, während der Haushaltsausschuß am 23. Mai seine Beratungen wieder aufnimmt.

Dem Haushaltsausschuß lag eine Eingabe des Arbeiterfängerbundes wegen Befreiung von der Vermögenssteuer bei seinen Konzerten, und Gewährung eines Prädikates für Chormeisterkurse vor. Der Unterrichtsminister sprach sich anerkennend über die bisherigen größeren Aufführungen der Arbeiterfängervereine in der Festhalle aus. Mit allen gegen eine Stimme wurde beschlossen, das Gesuch der Regierung empfehlend zu überweisen.

Steuereinzahlung durch Schwindler

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Geschäftsleute von Personen aufgefordert werden, die sich als Beamte des Finanzamts ausgeben, Büchereinsicht verlangen und schließlich die angebliche Lausache feststellen, daß der Steuerpflichtige noch einen Steuerbetrag schulde, dessen Höhe von ihnen sofort genannt wird und den zu erheben sie gekommen seien. Oder sie treten sogleich mit der Forderung hervor, einen noch rückständigen Steuerbetrag zu zahlen, mit dessen Einziehung sie vom Finanzamt oder vom Landesfinanzamt beauftragt seien. Vor diesen Betrügern wird gewarnt. In allgemeinen sind Steuern nur bei den zuständigen Stellen, der Finanzkasse oder dem Hilfskassenverwalter, einzuzahlen. Beamte, die lediglich mit der Nachprüfung von Geschäftsbüchern oder Aufzeichnungen beauftragt sind, sind mit Ausweis versehen und außerdem nicht befugt, Steuern zu erheben oder auch nur gefälligkeitshalber entgegenzunehmen. Steuervollzieher und Lohnsteuerbeamte sind ebenfalls mit Ausweis des Finanzamts versehen und zur Inempfangnahme von Steuerbeträgen (Lohnsteuerbeamte bis zu 100 RM) berechtigt. Die Ausweise sind von den Beamten auf Verlangen vorzuzeigen.

Die Steuerpflichtigen, bei denen unbefannte „Finanzbeamte“ vorkommen, die sich nicht ausweisen können, werden gebeten, unauffällig sofort Polizei oder Gendarmerie oder das Finanzamt fernmündlich zu benachrichtigen und, wenn möglich, die Festhaltung des Verdächtigen bis zum Eintreffen der Behörde herbeizuführen, damit seine Persönlichkeit festgestellt werden kann.

Einige Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, wollen dem Landespolizeiamt Karlsruhe Nachricht geben.

Direktor Emil Burger, Konstanz †

Am Samstag, 21. April, verschied im städtischen Krankenhaus Konstanz der Leiter der dortigen Mädchenoberrealschule, Direktor Emil Burger. Mit ihm ist eine Persönlichkeit aus dem Erdendasein geschieden, die für die Entwicklung der höheren weiblichen Bildungsinstitutionen in Baden, besonders in Konstanz und der Seegegend, von maßgebendem Einfluß gewesen ist. Direktor Burger wurde 1866 in Alchern geboren, unterzog sich 1892 der Staatsprüfung für das höhere Lehramt, wirkte als Lehrmittelspraktikant und Professor vorwiegend an der Höheren Mädchenschule in Freiburg und wurde 1908 zum Direktor der Höheren Mädchenschule in Konstanz ernannt. Ihm ist die Errichtung eines Lehrerinnenseminars zu verdanken; nach dessen Abbau betrieb Direktor Burger energisch die Einrichtung einer zur Hochschulkreise führenden Volkshochschule. Er erlebte noch die Freude, die ersten Abiturientinnen ihre Reifeprüfung ablegen zu sehen.

Seit Jahresfrist geht indessen ein heimliches Leiden an der Lebenskraft des noch nie ernstlich Erkrankten, und zwang ihn, fast anauernd seine Dienstgeschäfte in andere Hände zu legen. Sein Tod ist für die Lehrer und Schüler ein schmerzlicher Verlust, denn seine Lebensfreude, von edelster Liebe zum Nächsten durchdränkte Lebensart läßt sich nicht leicht wiederfinden. Er gab Liebe und Freiheit, und wählte die Schule auf die Höhe schönster Menschlichkeit zu heben. Zahlreichen, nach idealen Zielen strebenden Vereinen, wie z. B. dem Sprachverein und dem Verein für das Deutschstum im Ausland, war er ein treubestorger Leiter. Untergelassen sind seine Verdienste um den Austausch von Verwandten und die Kräfteföhrung während des Krieges. Auch am politischen Leben nahm er, besonders in der Vorkriegszeit, lebhaften Anteil. Nun ruht er aus von seiner reichen Lebensarbeit, die leider allzufröh ein Ende nahm.

Dr. Köhlers römische Reise

Die Sonntagsausgabe des „Bad. Beobachter“ bringt einen längeren Artikel über die römische Reise des Reichsfinanzministers Dr. Köhler. Den interessantesten Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Der Papst hatte Dr. Köhler zu einer Privataudiens empfangen. Fast 40 Minuten unterhielt sich der St. Vater mit Dr. Köhler. Lebhaft interessiert für alle Vorgänge des geistigen und religiösen Lebens in Deutschland, zeigte der St. Vater seine Vertrautheit mit deutschen Verhältnissen und eine erstaunliche Kenntnis der verschiedensten Gegenden unseres deutschen Vaterlandes. Er sprach von den literarischen und wissenschaftlichen Leistungen des deutschen Katholizismus, erwähnte eine Reihe deutscher Bücher, die er gründlich durchgearbeitet hatte und pries mit besonderer Herzlichkeit das katholische Glaubensleben und das eifrige soziale und karitative Wirken der deutschen Katholiken.

Es war ein Akt der Höflichkeit, der den Minister Dr. Köhler veranlaßte, dem Leiter der italienischen Politik, dem Duce Benito Mussolini, und seinem italienischen Kollegen, dem Finanzminister De Sotgi, ebenfalls seine Aufmerksamkeit zu machen. Unsere römische Reise war eine Privatreise; niemand hat daran gedacht und niemals sollte sie zu irgendwelchen politischen Zwecken benutzt werden. Daß ein aktiver Reichsminister nicht nur seine Karte abgibt, sondern ein paar höfliche Worte mit den leitenden Staatsmännern Italiens spricht, ist eine Selbstverständlichkeit. Ist es nicht auch eine Selbstverständlichkeit, wenn der deutsche Reichsminister der Finanzen dem für Deutschland nicht ganz unwichtigen Generalagenten die Hand gibt, der sich zufälligerweise zu gleicher Zeit in Rom aufhält? Die römische Meldung der „Post. It.“, daß Dr. Köhler beim Generalagenten um eine Unterredung nachgesucht, die dieser verweigert habe, ist eine glatte Erfindung! Zur gleichen Stunde, in der dieses Telegramm aufgegeben wurde, sah Dr. Köhler und der Generalagent zu einer rein persönlich-freundschaftlichen Unterhaltung vereint im Quartier Dr. Köhlers zusammen.

Südwestdeutschland und die „Presse“

In einer früheren Notiz wurde mitgeteilt, daß der Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger — Baden-Pfalz — sich an der Internationalen Presseausstellung in Köln, der sog. „Presse“, mit einer Kollektivausstellung beteiligen wird. Die Nachricht ist allenthalben mit Interesse aufgenommen worden, und zwar nicht allein von den Zeitungsverlegern Badens und der Pfalz, sondern auch von Staats- und Gemeindebehörden. Alle beteiligten Kreise haben in den letzten Wochen mit Eifer an der Ausgestaltung und Fertigstellung der Ausstellung gearbeitet, und es kann jetzt mit Bestimmtheit festgestellt werden, daß die Kollektivausstellung des Vereins südwestdeutscher Zeitungsverleger eine der bedeutendsten der südwestdeutschen Presse entsprechende Ausführung finden wird. Insbesondere die unmittelbar hierfür tätigen Landesgewerbeämter in Karlsruhe und Kaiserslautern scheuen unter Führung der Herren Professoren Regierungsrat Linde, Karlsruhe, und Dietrich, Kaiserslautern, keine Mühe und keine Arbeit, um das Höchste für die Ausstellung zu erreichen. Auch anderen Kreisen verbandt der Verein wertvolle Mitarbeit, so vor allem dem Badischen Lehrerverband und der Reichsbahn für Überlassung von Negativen für ein badisch-pfälzisches Relief, das in seiner Darstellung und Ausdehnung — 6,5 Meter lang, 5,5 Meter breit — ein hervorragendes Stück der Ausstellung bilden dürfte. Weiter sind in der Sache tätig gewesen, das Badische und Bayerische Statistische Landesamt, das Statistische Amt der Stadt Ludwigshafen, die Presseabteilung der Bad. Regierung und nicht zuletzt das Institut für Zeitungswesen, Heidelberg. Mit dem 12. Mai d. J. wird die „Presse“ ihre Pforten öffnen, und allen Besuchern, insbesondere den aus dem Südwesten, sei jetzt schon die badisch-pfälzische Kollektivausstellung des Verlegervereins zur Besichtigung angelegentlich empfohlen.

Badischer Städtebund

Der Badische Städtebund hielt — wie uns geschrieben wird — vor einigen Tagen im Rathaus zu Rastatt unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Wenner eine Ausschußsitzung ab, die außer von den Ausschußmitgliedern von zahlreichen Städtevertretern besucht war. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Änderung des Badischen Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte. Der Leiter der Fürsorgekasse, Direktor Grampp, erstattete zunächst einen Bericht über die allgemeine Finanzlage der Fürsorgekasse und erläuterte sodann die verschiedenen Anträge des Verwaltungsrats der Fürsorgekasse zur Änderung des Fürsorgegesetzes. Nach eingehender Beratung der Materie wurde beschlossen, der Regierung gegenüber den Standpunkt zu vertreten, daß die Übernahme der Fürsorgekasse in Selbstverwaltung nach wie vor unter allen Umständen anzustreben ist. Im übrigen schließt sich der Städtebund den Anträgen des Verwaltungsrats der Fürsorgekasse zu dem Referentenentwurf des Ministeriums des Innern an.

Der gleichfalls erschienene Vorsitzende des Badischen Sparfassen- und Giroverbandes, Präsident Dr. Gugelmeier, referierte über die derzeitige Geldmarktlage, über interne Fragen des Sparfassen- und Giroverbandes und über die Gründung von Bezirksparfassen. Aus den übrigen Tagungsgegenständen seien noch angeführt die Besoldungsreform, die Krankenfürsorge für die Gemeindebeamten, die Einführung der Selbstversicherung für die unfallversicherungspflichtigen Gemeindebediensteten, die Tätigkeit des Landesarbeitsamtes in Stuttgart, die Aufwertung der Gemeindefinzen und die Bildung einer Bauvertragszentrale.

Begleiter und Hotelführer „Badnerland-Schwarzwald“

In erweitertem Umfang liegt der vom Badischen Verkehrsverband herausgegebene „Begleiter und Hotelführer“ für das Jahr 1928 vor. Seit seinem Erscheinen hat sich dieses beliebte Nachschlagewerk über die Bade- und Kurorte sowie Sommerfrischen und Fremdenplätze des badischen Landes in allen Kreisen jährlich zunehmende Beachtung gesichert. Die neue Ausgabe behandelt über 200 Orte in den verschiedenen Höhenlagen bis zu 1500 m ü. d. M. und weist die Einzelpreise nach dem neuesten Stand von über 1300 Gaststätten nach. Die Preislisten bewegen sich von etwa 4 M. bis etwa 15 M. Luxus-hotels bis etwa 20 M. Allen Ansprüchen und Wünschen ist bei dem hochentwickeltesten Gaststättenwesen und der bekannt guten Verpflegung weitgehend Rechnung getragen, so daß die Auswahl eines Erholungsaufenthaltes in den klimatisch und landschaftlich bevorzugten Gebieten im Schwarzwald und Oberrhein, am Neckar und Bodensee wesentlich erleichtert wird. Hohe Preise, Illustrationen, Vogel- und Pflanzenbilder des nördlichen und südlichen Schwarzwaldes, Verkehrsarten der Eisenbahn- und Kraftwagenlinien usw. nebst Nachweis der Literatur erhöhen den Wert dieses praktischen Ratgebers, der zugleich ein unentbehrlicher Begleiter für die beliebten Höhenwanderungen und Rundfahrten bildet.

Gemeinde-Rundschau

40 Jahre Mannheimer Wasserleitung

Am 21. April 1888 wurde durch Inbetriebnahme der ersten zentralen Wasserleitungsleitung in Mannheim ein Werk geteilt, das nach jahrhundertelangen Bemühungen, wiederholt unterbrochenen und immer wieder aufgenommenen Versuchen endlich zustandekommen sollte. Bis zum Jahre 1888 bezogen die Mannheimer Bürger ihr Trink- und Gebrauchswasser aus gegrabenen bzw. abgesetzten Brunnen. Alle Arbeiten, eine zentrale Wasserleitung herbeizuführen, lagen über das Versuchsstadium nicht hinaus. Wiederholt dachte man daran, von Röhrbach bei Heidelberg in großen Leitungen nach Mannheim Wasser herüberzuleiten. Die übrigen Pläne gingen ausnahmslos dahin, das Rheinwasser für die Mannheimer Versorgung nutzbar zu machen. Erst ein in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts von dem Oberbaurat Gerwig erstattetes Gutachten räumte mit den Plänen, für die Mannheimer Wasserleitung Heidelberg oder Rheinwasser zu verwenden, auf, sprach zum erstenmal das Mannheimer Grundwasser als die einzig in Betracht kommende Bezugsquelle an. Im Zeichen dieses Gedankens standen die Versuchsarbeiten, die sich bis zum Jahre 1882 hinzogen, wo der Zivilingenieur Oskar Suroker, mit den gesamten Arbeiten des zu erstellenden Wasserwerks betraut wurde, das in den Kaiserlichen Wald kam. Nach Bewilligung eines Baubudgets von 2 168 800 M. wurde die Bauausführung am 1. September 1886 begonnen, und bereits am 21. April 1888 wurde das Wasserwerk mit 700 Hausanschlüssen in Betrieb genommen.

Dieses Wasserwerk Käferal, das seine Entstehung einem mächtigen, von der Bergstraße zum Rhein fließenden Grundwasserstrom verdankt, hatte bis vor kurzem noch fast ausschließlich die Wasserlieferung der Mannheimer Bevölkerung zu bewerkstelligen. Jetzt wurde die Wasserleitung ohne Hochbehälter betrieben, bis der am Friedrichsplatz errichtete Wasserturm — das Wahrzeichen der Stadt — im Jahre 1889 in Betrieb kam. Mit der Entwicklung der Stadt und dem Anwachsen der Bevölkerungszahl — diese betrug 1885 61 270, heute bezieht sie sich auf 261 300! — wurden naturgemäß Veränderungen und Erweiterungen der Wasserwerkssanlage Käferal erforderlich. Eine völlige Umgestaltung und große Erweiterung erfuhr das Werk im Jahre 1907. Konnte die Wasserlieferung der Stadt durch das Wasserwerk Käferal unter Hinzuziehung zweier kleiner Reservoirs in Rheinau und Feudenheim (bei Höchstverbrauchszeiten) auch ohne irgendwelche Störungen bewältigt werden, so war doch die nach der großen Werkserweiterung von 1907 mittlerweile eingetretene Steigerung des Mannheimer Wasserbedarfs so beträchtlich, daß es nötig wurde, im Jahre 1924 zu dem Wasserwerk Käferal ein zweites Hauptwasserwerk, und zwar in Rheinau, zu erstellen, dessen Betrieb im vorigen Sommer eröffnet wurde. Es erhält eine Tagesleistung von etwa 60 000 Kubikmeter und übernimmt die Hauptwasserförderung für das Mannheimer Versorgungsgebiet, während das Werk in Käferal nur noch als Reserve- und Spitzenförderwerk weiter verwendet wird.

Für die Ausnützung des neuen großen Wasserwerks in Rheinau ist es wichtig, daß der Wasserbedarf der Gemeinden Bühl (mit Röhrhof) und der hiesigen Gemeinde Bierheim, sowie der Stadt Heidelberg aus diesem Werk mitgedeckt wird. Die Belieferung von Heidelberg, die im Mai vorigen Jahres aufgenommen wurde, geschieht aus dem mit dem neuen Werk verbundenen älteren Wasserwerk in Rheinau, dessen Anlagen die notwendigen Änderungen erfordern, um die Wasserfernleitung auf die etwa 18 Kilometer lange Strecke bis Heidelberg durchzuführen. Beide Werke — das neue und das alte Werk in Rheinau — ergänzen sich aber in ihren Einrichtungen, das eine Werk ist die Reserve für das andere. Während das Wasserwerk Käferal ursprünglich eine höchste Leistungsfähigkeit von 15 000 Kubikmeter pro Tag aufwies, betrug die im Jahre 1927 an dem Höchstverbrauchstag abgegebene Wassermenge im Mannheimer Versorgungsgebiet 60 452 Kubikmeter.

Bürgermeisterverammlung. Unter dem Vorsitz des nunmehr scheidenden Landrat Rothmund fand in Dintzert eine Bürgermeisterversammlung des Bezirks Neustadt statt. Bürgermeister Bärmann, Bubenbach, sprach für den nach 15jähriger Tätigkeit aus dem Bezirk scheidenden Landrat herliche Worte des Abschieds, denen sich Landrat Münch in herzlichen Dankworten für den scheidenden Amtskollegen anschloß.

Das Forbacher Krankenhausweiterungsprojekt. Der Bürgerausschuß Forbach (Murgtal) billigte das Krankenhausweiterungsprojekt und bewilligte einstimmig die auf die Gemeinde entfallenden (zwei Sechstel) Aufwendungen von den 200 000 M., die der Erweiterungsbau des Krankenhauses erfordert.

Der Bürgerausschuß Muggensturm (bei Rastatt) hat ebenfalls eine größere Kapitalaufnahme zur Förderung der Bautätigkeit genehmigt. Der Bürgerausschuß sprach sich einstimmig dafür aus, daß auch im laufenden Jahre durch weitgehende Unterstützung der Bautätigkeit der Wohnungsnot entgegenzuwirken werden muß. Weiter genehmigte der Bürgerausschuß eine Kapitalaufnahme zum **Mathausumbau**, dessen Notwendigkeit allseits anerkannt wurde.

Sicherungsarbeiten im Rendhal. Schon seit einer Reihe von Jahren wird immer wieder daran gearbeitet, um das von der Rend durchflossene Gelände bei Oberkirch vor den häufigen Überschwemmungen sicherzustellen. Man hat nicht nur den sogenannten Seegrabenkanal, der unterhalb der Mannfurter Brücke linksseitig der Rend abfließt, hergestellt, sondern auch den Lauf der Rend durch Abschneidung der vielen Bogen gerade gelegt. Zur Zeit werden die Gräben, die das Gebiet des Rendwaldes durchziehen, verbreitert und vertieft. Auch diese Maßnahme dient der Sicherung des Geländes vor Überschwemmungen.

Aus der Landeshauptstadt

Erbeben. Die Seismographen der Erbebenwarte der Technischen Hochschule registrierten Sonntag abend 9.18 Uhr nach kurzem Vorbeben erneut ein starkes Erbeben. Die Entfernung beträgt etwa 1800 Kilometer und läßt den Herd abermals in Kleinasien vermuten.

Landes-Hochschulkurse u. Beamten-Hochschulkurse Karlsruhe. Das Sommersemester beginnt am Donnerstag, den 26. April, mit der Vortragsreihe über Badisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht von Präsident Stad. Montag folgt Professor Brauer. Er stellt im Rahmen der begonnenen nationalökonomischen Kurse über die Lehre von der Gütererzeugung. Dienstag folgt Senatpräsident Lewis die bürgerlich-rechtlichen Vorlesungen mit der ersten Abteilung des Rechtes der Schuldverhältnisse fort. Anschließend an diese Vorlesungen finden bürgerlich-rechtliche Besprechungen statt, und zwar zum erstenmal in diesem Jahre veranschaulicht am gleichen Abend von 9-10 Uhr. Von allgemein bildenden Vorträgen ist ein Literaturkurs von Professor Doll und eine Vortragsreihe über Geologie, von Professor Baulde, vorgesehen.

Wetternachrichten des Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter der Einwirkung zahlreicher starker Tiefdruckwirbel behielten wir auch gestern vielfach trübes und föhles Wetter. Ergiebiger Niederschläge sind indessen nicht mehr vorgekommen, sie erfolgten aber noch bis in Höhe von 600 Meter zum Teil als Schneeflocken. Die Wetterlage erfährt nunmehr eine wesentliche Umstellung. Durch den vom Ozean nordostwärts vordringenden Luftwirbel verlegt sich ein Teilhoch auf Mitteleuropa, das bei uns Auflockerung herbeiführen wird. Da auf der Vorderseite des ozeanischen Luftwirbels aus südlichen Gegenden stammende wärmere Luftmassen aufströmen, steht in Verbindung mit der zu erwartenden stärkeren Einstrahlung rasche Erwärmung bevor. **Wetterausblick für Dienstag.** Meist heiter, trocken, tagsüber wärmer, zunächst stellenweise noch Nachfröste.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	23. April		21. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	163.36	163.70	163.39	163.73
Kopenhagen 100 Kr.	112.06	112.28	112.05	112.27
Italien . . . 100 L.	22.03	22.07	22.025	22.065
London . . . 1 Pfd.	20.393	20.433	20.392	20.432
New York . . . 1 D.	4.1775	4.1865	4.1718	4.1860
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.51	80.67	80.53	80.69
Wien 100 Schilling	58.78	58.90	58.785	58.905
Prag . . . 100 Kr.	12.378	12.398	12.373	12.399

Die **Großhandelsindexziffer** ist mit 139,6 gegenüber der Vorwoche um 0,4 Proz. gestiegen.

Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Nachen. In der am 18. April in Nachen abgehaltenen Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der zum 8. Mai 1928 einzuberufenden Generalversammlung für das 109. Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 20 M. auf die Aktie vorzuschlagen (im Vorjahr 15 M.). Der Gesamtgewinn beträgt 2 337 568 M.

Die **Frankfurter Frühjahrsmesse** nahm am Sonntag ihren Anfang. Alle verfügbaren Hallen sind reiflos belegt. Infolge der gleichzeitig stattfindenden Sonderausstellung war es nicht leicht, die 1700 Aussteller unterzubringen. Das Ergebnis des ersten Messetages war unter Berücksichtigung der ungeklärten Konjunkturlage befriedigend.

Die **industriellen Betriebe der Stadt Basel.** In der Statistischen Holzwirtschaftlichen Gesellschaft machte Finanzdirektor Dr. Wiescher über die wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung der industriellen Betriebe des Kantons Basel-Stadt interessante Angaben. In den Betrieben sind zur Zeit rund 70 Millionen Franken investiert, für die im letzten Jahre eine Summe von 3,8 Mill. Fr. an Zinsen gezahlt wurden, was der Hälfte der Verzinsung der ganzen baselstädtischen Staatschuld entspricht. Gleichzeitig lieferten die Betriebe 5,2 Mill. Reingewinn an die Staatskasse ab, während Zinsen, Reingewinn und Abschreibungen zusammen 12-13 Millionen ausmachten, etwas mehr als ein Drittel von dem, was der Kanton an Steuern einnimmt.

Verschiedenes

Umwälzung im Flugzeugbau

In Deutschland wird seit Jahren an einem neuen Leichtmetall, dem von der F. G. Farbenindustrie A.G. hergestellten **Elektronmetall**, gearbeitet, das bei gleicher Festigkeit wie die seither benutzten Aluminiumlegierungen noch um rund 40 Proz. leichter ist als diese. Bei gleich hoher Tragfähigkeit können daher unter seiner Verwendung Flugzeuge mit erheblich geringerem Eigengewicht oder bei gleichem Gewicht, solche mit wesentlich höherer Tragfähigkeit gebaut werden, was vor allem für Langstreckenflüge von großer Bedeutung ist. Einsteilen haben sich die unter dem Sammelnamen „Elektronmetall“ entwickelten verschiedenen Magnesiumlegierungen bereits wichtige Absatzgebiete in der deutschen Automobilindustrie gesichert. Demnächst werden wesentliche Teile, sowie ganze Flugzeugkonstruktionen in dem neuen Leichtmetall erprobt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der Italiener, de Pinedo, bei seiner doppelten Ozeanüberquerung 1927 schon ein zweimotoriges Flugzeug benutzt hat, dessen Motore in ihren Einzelteilen weitgehend mit Elektronmetall ausgestattet waren. Das neue Leichtmetall hat schon die Feuerprobe im Flugzeugbau bereits bestanden.

Starker Nebel an der Elbe

W.B. Hamburg, 23. April. (Tel.) Auf der Elbe herrscht ein außergewöhnlich starker Nebel. Seit morgens 4 Uhr ist kein Seeschiff mehr an die Stadt herangekommen. Auch der unterelbische Fracht- und Passagierverkehr ist vollkommen gestört. Das Einholen von Seeschiffen mußte eingestellt werden. Der Nebel erstreckt sich bis unterhalb Brunsbüttel.

Sieben Arbeiter verletzt

W.B. Mülheim (Ruhr), 23. April. (Tel.) Am Sonntag abend gegen 11 Uhr, ereignete sich in einem **Hochofenbetrieb** der Friedrich-Wilhelm-Hütte ein schwerer Unglücksfall. Sieben beim Formenwechsel beschäftigte Hochofenarbeiter wurden von einer durch Wasserstoffgemisch entzündeten **Stichflamme** verletzt. Sie wurden dem Krankenhaus zugeführt. Zwei von ihnen erlitten schwerere Verletzungen, doch hofft man, sie am Leben zu erhalten.

Zerstörung eines Kriegerdenkmals

W.B. Fürstberg a. d. O., 23. April. (Tel.) In der vergangenen Nacht wurde das erst vor kurzer Zeit neu geweihte prächtige **Kriegerdenkmal** in dem Nachbortort Schönfließ völlig zerstört. Von manden Kreisen wird die ruchlose Tat mit dem gestern in Fürstberg veranstalteten Kommunistentag in Zusammenhang gebracht.

Typhusepidemie im polnischen Korridor

Berlin, 23. April. (Tel.) In das Krankenhaus in Neustadt (polnischer Korridor) wurde eine größere Anzahl von Typhuskranken eingeliefert. Bisher sind drei Kranke gestorben.

Zwei weitere Todesopfer in Mailand

W.B. Mailand, 23. April. (Tel.) Zwei weitere Verletzte des **Bombenanschlags** vom 12. d. M. sind inzwischen ihren Verletzungen erlegen.

Ein neuer Automobil-Schnelligkeitsrekord

W.B. Dayton Beach, 23. April. (Tel.) Ray Keeth führte mit dem Großkraftwagen des Chicagoer Millionärs Will einen neuen **Schnelligkeitsrekord** mit 207,526 Meilen in der Stunde aus. Der bisherige, von dem englischen Kapitän Campbell gehaltene Rekord, betrug 206,9 Meilen Stunden-geschwindigkeit.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 21. April. Nach einer neuen Fassung wird immer mehr die Vermutung laut, daß es sich bei der Fried-

W. Mannheim, 23. April. Nachdem bereits, wie gemeldet, das Vorstandsmitglied der Mannheimer Gewerbebank,

W. Mannheim, 23. April. Heute vormittags 9 Uhr begann die Verhandlung gegen den 27jährigen ledigen Arbeiter Fried-

W. Mannheim, 23. April. In der Zeit von hier in der Zeit vom 23. April bis 7. Mai stattfindenden Ausstellung der Gastwirte

W. Forstheim, 21. April. In der Zeit vom 16. Juni bis 1. Juli 1928 findet hier eine Handwerker- und Gewerbeaus-

W. Donaueschingen, 22. April. Im benachbarten Biefingen wurden in der Nacht zum Sonntag fünf landwirtschaftliche

W. Schopfheim i. W., 22. April. Auf dem Friedhof in Dossenbach fand heute für die gefallenen badischen Freiheits-

W. Basel, 22. April. Die Fahnenweihefeier des italienischen Krankenlathenshilfsvereins der hiesigen italienischen

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die zwischen den Gemeinden Eubigheim und Gerichtstetten einerseits und dem Nebenort Reibelsbach andererseits auf

Table with 4 columns: No., Gemarkung, Fläche, and Einwohnerzahl. Rows include Eubigheim and Gerichtstetten.

zusammen 296 81 77

Der Minister des Innern Kemmle

Bekanntmachung

Apothek in Niefern, Amt Forstheim. Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Niefern, Amt Forstheim,

Der Minister des Innern Kemmle

Dem Kinderhilfsausschuß Baden-Baden wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Lotterie erteilt.

Bekanntmachung

Umpfarung des Ortsteils St. Katharina von Wollmatingen nach Eichelstetten. Das Erzbischöfliche Ordinariat hat mit staatlicher Genehmigung

Der Minister des Innern Dr. Huber

Bekanntmachung

Wahl der nichtständigen Mitglieder des badischen Landesversicherungsamts. Als Wahlleiter für die nach Artikel 1 der Übergangsbestimmungen

Dr. Kloß, Oberregierungsstat.

Bekanntmachung

Wahl der nichtständigen Mitglieder des badischen Landesversicherungsamts. Für die Wahl der nichtständigen Mitglieder des badischen Landesversicherungsamts

1. Zahl der nichtständigen Mitglieder. Für das badische Landesversicherungsamt sind je 8 nichtständige Mitglieder

2. Art der Wahl. Die Arbeitgeber und Versicherten werden in getrennter Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf Grund

3. Wahlberechtigung, Stimmverhältnis. Wahlberechtigt sind die Arbeitgeber- und Versichertenmitglieder in dem Ausschuß

4. Wählbarkeit. Wählbar als Arbeitgeber sind die stimmberechtigten Mitglieder der Berufsvereinigungen

5. Einreichung der Vorschlagslisten. Für die zu wählenden nichtständigen Mitglieder des badischen Landesversicherungsamts können Vorschlagslisten bis zum

6. Vorschlagslisten der Arbeitgebermitglieder. Für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Arbeitgebermitglieder

7. Vorschlagslisten der Versichertenmitglieder. Für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Versichertenmitglieder

8. Unzulässigkeit verbundener Vorschlagslisten. Die Verbindung mehrerer Vorschlagslisten in der Weise, daß sie

9. Unterzeichnung und Kennwort der Vorschlagslisten. Die Vorschlagslisten müssen unter Angabe des Namens und des Sitzes

10. Änderung und Zurücknahme der Vorschlagslisten. Die Vorschlagslisten können spätestens am einundzwanzigsten Tage vor dem Wahltag

11. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

12. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

13. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

14. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

jede der beiden Vorschlagslisten im ganzen mindestens 12 Namen (4 Mitglieder und 8 Stellvertreter) enthalten.

Die einzelnen Benannten sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen

In der Vorschlagsliste - Spalte 6 des Modells - sind anzugeben: bei welcher Berufsgenossenschaft die Benannten

In die Vorschlagsliste darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu gegeben hat.

7. Vorschlagslisten der Versichertenmitglieder. Für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Versichertenmitglieder

Die einzelnen Benannten sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen

In der Vorschlagsliste - Spalte 6 des Modells - sind anzugeben: bei den Benannten, die zu den gegen Unfall versicherten Personen

8. Unzulässigkeit verbundener Vorschlagslisten. Die Verbindung mehrerer Vorschlagslisten in der Weise, daß sie

9. Unterzeichnung und Kennwort der Vorschlagslisten. Die Vorschlagslisten müssen unter Angabe des Namens und des Sitzes

10. Änderung und Zurücknahme der Vorschlagslisten. Die Vorschlagslisten können spätestens am einundzwanzigsten Tage vor dem Wahltag

11. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

12. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

13. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

14. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

15. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

16. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

17. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

18. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

19. Im übrigen wird auf die bei den Versicherungsämtern oder beim Landesversicherungsamt einzufordere, vom Reichsversicherungsamt

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Dem Privatdozenten an der Universität Freiburg, Dr. Hans Anders,

Forstrat Friedrich Gabenbach, Vorstand des staatlichen Forstamts Baden.